

Gudrun Harrer

Zwischen arabischem Frühling und saudisch-iranischem Winter

Schlüsselwörter: Arabischer Frühling, Naher Osten, politischer Islam, Saudi-Arabien, Iran

Zusammenfassung: In dem Beitrag wird die Darstellung des arabischen Frühlings in europäischen Medien kritisch beleuchtet. Ein genauerer Blick auf die Machtkonstellationen in der Region ermöglicht es, den aktuellen Stand der Dinge realistisch einzuschätzen.

Arab Spring and Saudi-Iranian Winter

Keywords: Arab Spring, Middle East, Political Islam, Saudi-Arabia, Iran

Abstract: This essay critically assesses the media coverage in Europe of the Arab Spring. Looking more closely at the constellations of power in that region, a realistic evaluation of the state of the play can be gained.

Gudrun Harrer
Der Standard, Herrengasse 19–21, A-1014 Wien
gudrun.harrer@derstandard.at

Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft (ÖZP), 41. Jg. (2012) H. 1, 85–93

Die „New York Times“ berichtet am 2. Februar 2012 von einer Konferenz in Teheran, zu der die iranische Regierung geladen hatte:¹ Aktivisten des Arabischen Frühlings kamen unter dem Titel „The Islamic Awakening“ zusammen – wobei ausgerechnet Vertreter jenes Landes, wo der Aufstand gewiss mehr als in jedem anderen von islamischen Kräften geprägt ist, fehlten: Syrien. Als arabische Gäste gegen die Abwesenheit ihrer syrischen Kollegen protestierten, wurden sie im Konferenzraum mit Pro-Assad-Slogans übertönt.

Der Autor des Artikels zitiert Ali Akbar Velayati, Berater des religiösen Führers Ali Khomeini, mit seiner Antwort auf die Frage, wie man denn zwischen einer ausländischen Verschwörung – wie sie das iranische Regime in Syrien sieht – und einer „echten“ Revolution unterscheiden könne: „Die eine favorisiert die USA und die Zionisten, die andere ist gegen sie“, sagte Velayati. Im Gegensatz dazu würdigte einer der Gäste, ein libyscher Revolutionär, im Gespräch mit dem Journalisten die Rolle der USA beim Sturz Muammar al-Gaddafis, nannte Bashar al-Assad einen Tyrannen, der verschwinden müsse, und stellte ganz lakonisch fest, dass Irans Präsident Mahmud Ahmadinejad den syrischen Präsidenten deshalb unterstütze, „weil beide Schiiten sind“. Der Artikel schließt tröstlich – die Subversivität der IranerInnen scheint ungebrochen zu sein – mit einem der SMS-Texte, die in der iranischen Hauptstadt en masse anonym verschickt werden: „Wenn du in der Nacht nicht schlafen kannst, mach dir nichts daraus: Das sind nicht die hohen Preise, Armut oder Arbeitslosigkeit. Du leidest am Islamischen Erwachen.“

Ungefähr in dieser Gemengelage, wenn hier auch mit einem Blick aus iranischer Schräglage, der vieles auslässt, gesehen, befinden sich ein Jahr nach Ausbruch die arabischen Revolten: Dass es in den arabischen Umbruchländern ein „islamisches Erwachen“ gibt – so wie nach der islamischen Revolution im Iran 1979 –, muss man den Iranern zugestehen. Ihr Versuch, es für sich panislamisch zu vereinnahmen, ist bestenfalls weltfremd. Der schiitische Iran wird heute genauso wenig als Führer der islamischen Welt akzeptiert wie 1979, als durch den Aufstieg der Schia zur Staatsmacht der latente sunnitisch-schiitische Konflikt in der saudisch-iranischen Feindschaft wiederbelebt wurde. Der saudisch-iranische hegemoniale Wettbewerb war zuvor durch die strategischen Partnerschaften beider Länder mit den USA eingedämmt gewesen.

Die letztjährigen Umstürze in der arabischen Welt betrafen zwar in Tunesien und Ägypten und in gewisser Weise auch in Libyen Regime einer postkolonialen Ordnung, die nicht nur im Iran als Marionetten des Westens angesehen wurden, aber parallel zur vorsichtigen strategischen Neuorientierung dieser Länder hat sich gleichzeitig die sunnitisch-schiitische Spaltung weiter vertieft. Syrien ist nicht nur Schauplatz eines Aufstands gegen ein autoritäres Regime, sondern ebenfalls einer (saudi-)arabischen-iranischen Auseinandersetzung, die besonders von sunnitischen Islamisten auch als Kampf gegen die Schia² wahrgenommen wird.³

Diese Komplexität wird im öffentlichen Diskurs in den westlichen Staaten über Syrien fast vollständig ausgeblendet. Dabei stecken wir gerade jetzt, ein Jahr nach Ausbruch des sogenannten Arabischen Frühlings – ein Begriff, den man als herablassend kritisieren könnte, der sich aber durch die späteren Variationen mit „Herbst“ und „Winter“, wenngleich dies eine Relativierung ist, im Sprachgebrauch verfestigt hat – im Dickicht der damaligen Vereinfachungen fest. Die Konzentration auf das Innere der Umbruchländer hat die machtpolitischen Konstellationen, in denen diese Revolten stattfinden und die diese in unterschiedlicher Stärke, und in einigen Fällen entscheidend beeinflussen – wie in Syrien und in Bahrain –, fast vergessen lassen. In diesem Artikel sollen zumindest einige dieser Faktoren angesprochen werden.

Aber nicht nur die Vernachlässigung der regionalpolitischen und geopolitischen Ebene führt zu etwas, das hier ganz und gar unwissenschaftlich als „Kitschnarrative“ der Revolution bezeich-

net werden soll. Das Herauspicken oder auch nur die Betonung jener inneren Revolutionserzählweisen, die im Westen gerne gehört wurden, hat ein Bild erzeugt, das es in der Realität höchstens als Bildausschnitt gibt. Eine der fatalen Folgen ist, dass viele, die vor einem Jahr Selbstkritik für ihren früheren kulturalisierenden Blick auf die arabische Welt geübt haben („Vielleicht sind die Araber doch nicht so, wie wir gedacht haben“), heute wieder ihre früheren Vorurteile bestätigt sehen. Dabei passiert nichts, was nicht schon früh angelegt war. In diesem Sinn beschäftigt sich dieser Artikel mehr mit der Rezeption der Revolten als mit ihnen selbst – und eine Beantwortung der darin aufgeworfenen Fragen würde den vorgegebenen Rahmen sprengen. Der Artikel ist als Aufforderung gemeint, die einfachen Narrative zu hinterfragen und diese Fragen den Weg zu einem kompletteren Bild ebnen zu lassen.

Stereotype und Fehlurteile

Der anekdotisierenden Darstellung der arabischen Revolten treu bleibend hat jeder Rückblick mit der ersten Anekdote der Revolution zu beginnen: mit der Erinnerung an den Straßenverkäufer Mohammed Bouazizi, der im Dezember 2010 mit seiner Selbstverbrennung die Proteste in Tunesien auslöste. In einem Reflex, der für die Rezeption typisch ist, wurde er in frühen Berichten als arbeitsloser Universitätsabsolvent bezeichnet, er war jedoch einer jener vielen jungen Tunesier, denen höhere Bildung aufgrund seiner Lebensumstände – er musste nach dem Tod des Vaters früh für den Lebensunterhalt seiner Familie sorgen – gar nicht zugänglich war.⁴

Es gibt die Tendenz, ökonomische und soziale Ursachen als Auslöser für die Revolten in Tunesien und Ägypten wohl zur Kenntnis zu nehmen, die Betonung jedoch auf eine gebildete Mittelschicht – die Generation Facebook eben, als gemeinsames Merkmal aller Gesellschaften, die dem Westen die Revolten „nahe“ brachten – als Träger des Aufstands zu legen, die mehr will als bloß einen Ausweg aus ihrem Elend: nämlich politische Moderne. Es war ja auch gar nicht so leicht für Reporter und Analysten, die Demonstranten zu „übersetzen“: Zwar ist die Forderung „Das Volk will den Sturz des Regimes“ positiv formuliert, aber drückt doch erst einmal aus, was das „Volk“, was immer das nun ist, nicht will: das alte Regime. Der Ruf der Demonstranten nach sozialen Rechten und nach wirtschaftlicher Entwicklung ist darin enthalten und wird auch rezipiert – aber schon von Anfang an weiß ja der kritische Beobachter, dass schnelle wirtschaftliche und soziale Rehabilitation als Revolutionsziel mit dem Sturz des Diktators alleine nicht zu erreichen sein wird. Die Lösung ist, diese Forderung zu marginalisieren, aufzuschieben. Das hat nicht lange funktioniert: Die wirtschaftlichen Parameter aller Umbruchsländer, gleich in welchen Stadien der Revolte sie sich befinden, sind im Frühjahr 2012 dramatisch schlechter als ein Jahr zuvor. Aussicht auf baldige Besserung gibt es lediglich im ölreichen Libyen. Die sozialen Faktoren wiegen selbstverständlich in allen arabischen Ländern, in denen Unruhe zu spüren ist, unterschiedlich schwer, in Tunesien und Ägypten jedoch, der Avantgarde des Arabischen Frühlings, trägt die Unlösbarkeit der Probleme den Keim des Scheiterns in sich. Die – auch noch mit Kopftuch – schicken Bürgerkinder verschwinden aus dem Bild, die enttäuschten, wütenden Männer rücken hinein. Und sie wählen islamistisch!

Denn das stärkste, von den Revolutionsschauplätzen kommende Stereotyp betraf gewiss die Rolle des Islam, oder besser die Absenz derselben. Besonders der arabischen Welt wohlwollend gegenüberstehende Autoren, die stets die westlichen Vereinfachungen in Bezug auf den Nahen Osten kritisiert hatten, betonten, dass die demonstrierenden Massen nach den allgemein

gültigen Menschenrechten und nach Partizipation rufen würden – und nicht etwa nach der Scharia. Darüber hinaus sei Israel kein Thema, und es würden „keine amerikanischen Flaggen verbrannt oder antiwestliche Slogans geschrien“.⁵ Das entsprach durchaus der Wahrheit – nur die pauschalen Schlüsse, die daraus gezogen wurden, waren falsch.

Bei Tunesien verstiegen sich manche westliche Berichtersteller und Analytiker zur Behauptung, die Islamisten würden dort nie eine signifikante politische Rolle spielen.⁶ Die Ergebnisse der Parlamentswahlen in Tunesien, wo Ennahda im Oktober 89 von 217 Mandaten gewann, brachten die Realität zurück. Die unter Ben Ali verbotene Partei trägt das mediale Epitheton „moderat-islamistisch“, hat immerhin keine absolute Mehrheit und arbeitet mit den anderen Parteien zusammen – von denen die nächstplatzierte CPR (Kongress für die Republik) um ganze 60 Sitze weniger hat. Auch im ersten ägyptischen Parlament nach Mubarak verfügt die Partei der Muslimbrüder, FJP (Freiheits- und Gerechtigkeitspartei), mit gut 45 Prozent nicht über die absolute Mehrheit – aber wohl nur, weil ihr durch die salafistische Al-Nur-Partei von rechts eine Konkurrenz erwuchs, die auf 25% kam. Man kann es drehen und wenden, wie man will: In Ägyptens erstem, frei gewähltem Parlament sitzen 70% Parlamentarier, für die der Islam politisches Programm ist. Die Prognosen, dass sich die islamistischen Parteien mit dem Eintritt in reguläre politische Prozesse normalisieren werden wie einst die christlichen Parteien in Europa, klingen vernünftig und realistisch, aber viel hängt davon ab, wie sich das Umfeld für diese politischen Prozesse entwickelt, und das ist offen.

Genauso wenig, wie wir den Ausbruch der Revolten vorhersahen und die Sehnsucht der Bevölkerung der Revolutionsländer nach traditionellen, konservativen, islamischen Werten richtig einschätzten – obwohl klar sein musste, dass alle anderen Slogans, als Teil des politischen Diskurses der Gestürzten, belastet waren –, können wir heute seriös voraussagen, wie sich der politische Islam nach dem Ende der postkolonialistischen Regime in der Region entwickeln wird. Ja, diese Regime waren mit Ursache für sein Aufkommen, und die Annahme, dass bei einer Öffnung der politischen Räume die Menschen andere Angebote wahrnehmen werden, ist logisch. Aber wann und wie das geschehen wird, wissen wir nicht.

Pauschal falsch eingeschätzt wurde auch die Beziehung der Revolutionäre zum Thema Israel. Der tunesische Rapper Hamada Ben Aoun, bekannt unter dem Künstlernamen El Général, dessen an Präsident Zine El-Abidine Ben Ali gerichteter Song „Raya lebled“ Kultstatus auch im Westen erreichte und der in keinem frühen Artikel über den arabischen Frühling fehlen durfte, wurde im Herbst 2011 als prominenter Gast in Europa herumgereicht. Wer mit ihm zu tun bekam, war bald ernüchtert. Auf die Frage nach den nächsten für die arabischen Gesellschaften relevanten Themen führte er gerne die „Freimaurer, die weltweit sehr viel Macht gewinnen“ an, ein aus dem Westen in die arabische Welt importiertes antisemitisches Motiv.⁷ Noch viel krasser stellte sich das Verhältnis der Revolutionäre zu Israel und „den Juden“ in Libyen dar. Besonders pittoreskes Fotomaterial von Anti-Gaddafi-Graffiti, das gerne in Zeitungen reproduziert wurde, zeigte oft auch gleichzeitig antiisraelische oder antisemitische Schmierereien, die mangels arabischer Sprachkenntnisse in den Redaktionen nicht als solche identifiziert wurden.⁸ Gaddafi wurde von den Rebellen als Verbündeter Israels wahrgenommen, teilweise wurde ihm auch eine jüdische Herkunft zugeschrieben.⁹ Als nach Kriegsende ein aus Libyen stammender italienischer Jude in romantischer Aufwallung die Renovierung der Synagoge Dar al-Bishi im einstmaligen jüdischen Viertel Hara Kabira in Tripolis in Angriff nehmen wollte, wurde er sehr schnell mit Drohungen vertrieben.¹⁰ Gaddafi und Israel, das war für viele libysche Rebellen eine Front.

In hohem Maß traf auch auf Ägyptens Präsidenten Hosni Mubarak zu, dass er als Erfüllungsgehilfe israelischer Politik gesehen wurde, besonders natürlich durch seine Abriegelung

des Gaza-Streifens nach der Hamas-Machtübernahme 2007. In Kairo wurde die israelische Botschaft im Sommer 2011 Ziel von Protestmärschen, am 9. September wurde sie gestürmt – einem Demonstranten gereichte zum nationalen Heldentum, dass er den Davidstern von einem hohen Stockwerk des Gebäudes, in dem die israelische Botschaft untergebracht ist, herunterholte –, das israelische Botschaftspersonal musste von Sicherheitskräften evakuiert werden. Das israelisch-ägyptische Verhältnis wird heute dadurch stabil gehalten, dass beide Staaten weiter in die US-Sicherheitsarchitektur für die Region eingebunden sind, wofür Ägypten sehr viel Geld aus Washington erhält, auf das es heute noch weniger verzichten kann als früher. Zur Zeit der Abfassung dieses Artikels ist jedoch das Verhältnis sehr angespannt.

Aber selbst beim Assad-Regime in Syrien, dem auf der arabischen Straße doch unzweifelhaft ein Widerstandsbonus gegen Israel und die US-Ordnung in der Region gutgerechnet wurde – einer der Gründe, weshalb Syrien trotz seines autoritären Regimes auf der Liste der wahrscheinlichen Revolutionsländer nicht ganz oben stand –, fanden die Demonstranten das israelische Haar in der Suppe: Der Bruder des Präsidenten, der verhasste Militärkommandant Maher al-Assad, wurde bei Demonstrationen in Deraa aufgefordert, doch gefälligst den Golan von Israel zurückzuerobern, anstatt auf Demonstranten loszugehen.¹¹

Auf die Liste der Fehleinschätzungen gehört zuletzt auch die mangelnde Skepsis, die Journalisten und Analytiker dem ägyptischen Militäratt entgegenbrachten, der am 11. Februar 2011 Präsident Hosni Mubarak – einen aus ihren Reihen – zum Rücktritt zwang. Dass die meisten ÄgypterInnen diesen Militärs bedingungslos vertrauten und ihnen das Management der Transition in ein völlig anderes System durchaus zutrauten, wurde völlig unkritisch berichtet und nicht etwa als Zeichen für mangelnde politische Reife gedeutet. Das Kitschnarrativ von der sauberen patriotischen ägyptischen Armee, deren Mission es immer gewesen sei, das Volk vor seinen Feinden zu beschützen – Stichwort Israel – und am 11. Februar 2011, als es Hosni Mubarak stürzte, völlig im Dienste des Volkes stand, wurde auch im Westen übernommen und kaum hinterfragt. Das unkritische Vertrauen in die Armee führte bei einem Referendum im März 2011 zu einer großen Zustimmung (77%) zu den vom Höchsten Militäratt vorgeschlagenen beschränkten Verfassungsänderungen, aus denen man bereits den die alten Verhältnisse bewahrenden Charakter der Militärjunta herauslesen hätte können. Auch in den westlichen Ländern wurde dies kaum so analysiert. Kritische Stimmen wurden schnell als defätistisch eingestuft, kritische westliche KommentatorInnen von ihren KollegInnen gescholten, den Ägyptern keine demokratische Entwicklung zuzutrauen. In einem Interview im „Standard“ sprach der ägyptische Schriftsteller Alaa al-Aswani jedoch bereits eine Woche nach dem Sturz Mubaraks von einer „Gegenrevolution“, die im Gange sei.¹² Aswani ist übrigens einer jener Ägypter, die sowohl das Regime Mubarak als auch die US-Politik in der Region und Israel stets allerschärfstens kritisierten, und er ist selbstverständlich kein Islamist.

Machtpolitische Konstellationen in der Region

Heute kann man sagen, dass der erste Erfolg einer arabischen Revolte eigentlich nur in Tunesien stattfinden konnte. Hier sollen alle anderen oft diskutierten Parameter Tunesiens, die die Revolution begünstigten, zur Seite gelassen und nur vereinfacht festgestellt werden, dass in einem kleinen Land die relativ kleine, innerlich morsche Mafiafamilie, der ein hinfalliger Patriarch vorstand, leicht zu verjagen war. Es ging ihr am Ende weiter um nichts als um Vermögen und Leben, Letzteres konnte Zine El-Abidine Ben Ali retten. Die ägyptische Revolte, die um vieles

komplexer war, profitierte von der Nähe zur Vertreibung des tunesischen Präsidenten. Der militärisch-industrielle Komplex reagierte mit einem politischen Instinkt, der in Giuseppe Tomasi di Lampedusas *Il Gattopardo* so beschrieben ist: „Bisogna cambiare tutto perchè non cambi niente“ – Man muss alles verändern, damit sich nichts verändert.

Danach war es schon wieder aus mit dem Fall der Dominosteine, wie er prognostiziert worden war. Zahlreiche Selbstverbrennungen in anderen Ländern (Algerien, Jordanien und Marroko) lösten keine großen Volksbewegungen mehr aus. Libyen war ein völlig anderer Fall. Aus Protesten von hauptsächlich islamistischen Kreisen wird ein territorialer Aufstand, den Gaddafi brutal niederschlagen versucht. Ein französischer Präsident, der einerseits in Tunesien durch allzu große Regimenähe haften gebliebene Schmutzflecken seiner Regierung beseitigen will und andererseits machtpolitische Ambitionen hat, ergreift die Initiative, die letztlich zu einer UNO-Sicherheitsratsresolution führt, die der NATO ein Mandat zum „Schutz der Zivilbevölkerung“ verleiht. Und Russland und China murren zwar, legen jedoch kein Veto ein – dass dieses UNO-Mandat überschritten wird, präjudizierte später ihr Verhalten im Fall Syrien.

Für den Vetoverzicht im Fall Libyens ausschlaggebend war zweifellos die Initiative der Liga der arabischen Staaten, die den Resolutionstext durch das damalige nicht-ständige Sicherheitsratsmitglied Libanon, das selbst eine offene Rechnung mit Gaddafi hatte, einbringen ließ. Die Beseitigung von Muammar al-Gaddafi, der beinahe mit jedem einzelnen Liga-Staatschef persönlich zerstritten war – gegen den damaligen Kronprinzen und jetzigen saudi-arabischen König Abdullah bin Abdulaziz hatte er sogar Mordpläne geschmiedet –, wurde von den arabischen Staaten einhellig begrüßt, sein Verbleib hatte ganz einfach keinerlei Mehrwert. Nur Algerien zeigte leichte Nervosität, als sich herausstellte, dass in hohen libyschen Rebellenkreisen auch Islamisten wie das Al-Qaida-Mitglied Abdel Karim Belhaj reüssierten, der in den 1990er-Jahren im algerischen Bürgerkrieg mit algerischen Terroristen kooperiert hatte.

Muammar al-Gaddafi ist Geschichte, aber Bashar al-Assad in Syrien ist im Februar 2012 noch da. Assad ist jünger und – zumindest bis vor Kurzem – rationaler, als es Gaddafi war; auf den arabischen Straßen war er, ganz im Gegensatz zu Mubarak und Ben Ali, als widerständig – im Sinne von sich der US-Sicherheitsarchitektur in der Region und einen Kompromiss mit Israel bezüglich des Golan verweigernd – respektiert. Sein Verhältnis zu Saudi-Arabien war nicht so schlecht wie das Gaddafis, aber auch nicht gut: In der libanesischen Innenpolitik waren Syrien, das die iranisch-gesponserte schiitische Hizbollah unterstützt, und Saudi-Arabien, dessen Interessen die sunnitische Familie Hariri vertritt und umgekehrt, direkte Kontrahenten. Und im wahhabitischen Königreich Saudi-Arabien, in dem auch „orthodoxe“ Schiiten¹³ unter dem Generalverdacht der Ungläubigkeit stehen, herrscht natürlich auch völliges Unverständnis für die heterodoxe Sekte der Alawiten.

Die Vehemenz, mit der sich Saudi-Arabien, oft vertreten durch das kleine, ebenfalls wahhabitische Emirat Katar, gegen Bashar al-Assad wandte, überraschte dennoch. Die Annahme, dass Saudi-Arabien sich als Promotor von Demokratie in der Region betätigen will, muss nicht einmal diskutiert werden: Syrien unter Assad war im Vergleich mit Saudi-Arabien ein Hort des Liberalismus und des gesellschaftlichen Pluralismus, besonders des religiösen, den etwa die Europäer so gerne einfordern. Im Gegensatz zum Iran stand Saudi-Arabien den arabischen Revolten anfangs durchwegs feindlich gegenüber. Die Familie Ben Ali ist in Saudi-Arabien im sicheren Exil, an Mubarak war das gleiche Angebot gegangen, das er – trotz der Empfehlung der ägyptischen Putschgeneräle – nicht annahm. Das Verhältnis Riads zu Washington war 2011 eben deshalb schwer gestört, weil König Abdullah den Amerikanern nicht verzeihen konnte, dass sie sich so sang- und klanglos von Mubarak, wie er selbst eine Stütze der US-Politik im Nahen

Osten, abgewandt hatten. Und in Bahrain eilten saudi-arabische Truppen der sunnitischen Königsfamilie im März 2011 sogar zu Hilfe, um die Demonstrationen niederzuschlagen.

Der Grund für das militärische Eingreifen Saudi-Arabiens in Bahrain trägt denselben Namen wie der Grund für die von Saudi-Arabien angeführte Front in der Arabischen Liga gegen Syrien: Iran. Damit soll nicht gesagt werden, dass Syrien kein Schauplatz des Arabischen Frühlings wäre: Sympathie und Respekt gebührt den DemonstrantInnen, die die Absurdität der Assad'schen Präsidentschaftsdynastie beseitigen wollten und jetzt deren Brutalität trotzen. Aber in Syrien findet eben auch eine Episode, vielleicht eine entscheidende, des kalten Kriegs zwischen Iran und Saudi-Arabien statt. Nach saudi-arabischem (und sunnitischem) Narrativ zettelte der Iran in Bahrain einen Aufstand der Schiiten an. Nach „schiitischem“ – iranischem und syrischem, teilweise auch irakischem – Narrativ zettelt in Syrien Saudi-Arabien einen Aufstand der sunnitischen Islamisten an – wozu die von Hafiz al-Assad 1982 mit großer Brutalität niedergeschlagenen Muslimbrüder gehören. Wurde man für die Behauptung, auch sunnitische Extremisten, die der Al-Qaida zuzurechnen sind, würden in Syrien aufseiten der Rebellen mitmischen, von Sympathisanten des syrischen Aufstands noch vor kurzem scheel angesehen, so sind nun auch die USA von der Präsenz dieser Gruppen überzeugt.¹⁴

In Libyen hatte man mit der Elimination des erratischen Gaddafis eine Situation bereinigt, ohne dass große regionalpolitische Verwerfungen zu befürchten waren. In Syrien wendet sich die Arabische Liga gegen den Staatschef eines Kernlands der „arabischen Nation“. Die Araber wissen, dass ein Sturz Assads, anders als der Gaddafis in Libyen, tief in das politische Makeup der Region eingreift, ein Eingriff, der – mit ähnlichen Risiken, nämlich Bürgerkrieg – dem von den USA herbeigeführten Sturz von Saddam Hussein im Irak vergleichbar ist.

Aber eben mit genau umgekehrten Vorzeichen. Im Irak wurde mit Saddam Hussein 2003 ein Staatschef beseitigt, der zwar auch in der arabischen Welt ein politischer Paria war, aber durch seinen Hintergrund und seine Gegnerschaft zum Iran sein Land dennoch im sunnitisch-arabischen Orbit hielt. Mit der Beseitigung Saddams und der politischen Emanzipation der irakischen Schiiten kippte der Irak quasi von diesem Orbit in den schiitisch-iranischen. Saudi-Arabien hat bis heute, neun Jahre nach dem Sturz Saddams, noch keine Botschaft in Bagdad. Und der irakische schiitische Regierungschef Nuri al-Maliki, der jahrelang Assad in Damaskus beschuldigte, ihm die sunnitischen Jihadisten ins Land zu schicken, steht heute auf dessen Seite und weigert sich, in der Arabischen Liga gegen Syrien zu stimmen. Der libysche Freiheitskämpfer, der im „New York Times“-Artikel eingangs zitiert wurde, hätte dafür eine Erklärung parat: „Weil sie beide Schiiten sind.“

Ein skeptischer Ausblick

Es geht natürlich nicht prioritär um Religion, sondern um Machtpolitik, wenngleich es sich für Saudi-Arabien auch um eine zu beseitigende religiöse Anomalie handeln mag, dass Angehörige einer synkretistischen Sekte und Minderheit in Syrien die sunnitische Mehrheit, die „echten Syrer“, unterdrücken. Aber es geht vor allem um den strategischen Gewinn, den ein Sturz Assads für Saudi-Arabien herbeiführen würde und der in der Zurückdrängung des iranischen Einflusses nicht nur in Syrien, sondern auch im Libanon besteht. Dass die Arabische Liga nun ihren im Frühjahr 2011 abgesagten Gipfel doch in Bagdad abhalten will, zeigt, dass sie auch den Irak noch nicht völlig abgeschrieben hat – obwohl Maliki sofort nach dem Abzug der letzten US-Truppen massiv gegen seine sunnitischen Regierungspartner vorzugehen begann, sogar mit einem Haft-

befehl gegen Vizepräsident Tarik al-Hashimi, der ursprünglich ein irakischer Muslimbruder ist.

Die große Frage für die Zukunft ist, was die Region in den kommenden Jahren mehr prägen wird: die arabischen Umbruchsbewegungen oder die iranisch-saudische Auseinandersetzung. Saudi-Arabien hat die Chancen in einer Bewegung, die der Natur seines Regimes zutiefst zuwiderläuft, in Syrien schnell erkannt. Dass der Sturz Assads zu einer Ermächtigung der sunnitischen Islamisten in der Region führt, wissen selbstverständlich auch die USA und Israel, das damit rechnen kann, dass die Grenzen zu Syrien kurz- und mittelfristig nicht mehr so sicher sind wie in den Jahren der Assad-Herrschaft. Aber für einen hohen Einsatz könnte es einen hohen Gewinn geben, nämlich dann, wenn der Iran aus der Region gedrängt wird.

Eine noch wenig beachtete Entwicklung ist die Veränderung des regionalen und geopolitischen Kontexts, in den die palästinensische Hamas eingebettet ist: und zwar sowohl durch die arabischen Revolutionen als auch durch den Aufstand in Syrien. Die Mutterpartei der Hamas, die Muslimbruderschaft in Ägypten, ist dort stärkste Kraft und somit Gesprächspartnerin des Westens, und die syrische Schwesterpartei, die syrischen Muslimbrüder, sind ebenfalls plötzlich auf der „richtigen“ Seite, im Kampf gegen das syrische Regime. Die arabischen Golfstaaten nutzen die Gunst der Stunde und arbeiten daran, die Hamas, die vom Iran gesponsert wird, aus dem iranisch-syrischen Einfluss zu lösen: Das Hamas-Politbüro ist de facto bereits aus Damaskus abgewandert, und zwar in der Person von Politbürochef Khaled Meshaal gleich nach Katar.

Zum Seitenwechsel der Hamas würde nach Wunsch der Golfländer zweifellos auch ein Schub an Pragmatismus in der israelisch-palästinensischen Frage gehören, hin zur Linie der Fatah: ein Palästinenserstaat in den Grenzen von 1967, das heißt eine Anerkennung Israels in den Grenzen von 1949. Während Kräfte in Israel und anderswo, die auf eine Verhandlungslösung mit den Palästinensern setzen, darin neue Chancen für den Friedensprozess sehen, wird in der israelischen Rechten die Aussicht auf eine internationale Rehabilitation der Hamas, die ein Partner für Verhandlungen werden könnte, keine Begeisterung auslösen. Aber auch für sie ist wohl die Aussicht, mit einem Sturz Assads den Iran aus Syrien und dem Libanon zu katapultieren, attraktiver als diese Bedenken. Was es bedeutet, wenn diese beiden Länder zum saudiarabischen Orbit gehören, wird man sehen: Genau diese Veränderung des Status quo in der Region ist es jedoch, die Russland, das natürlich auch massive wirtschaftliche Interessen in Syrien hat, so inakzeptabel erscheint, dass es trotz des arabischen Drucks im UNO-Sicherheitsrat am 4. Februar 2012 ein Veto gegen eine Syrien-Resolution einlegte. Russland setzt auf Iran und Syrien als Bastionen gegen das Fortschreiten einer westlichen Hegemonie in der Region, deren lokaler Vertreter auf der arabischen Seite so wie vor 2001 – als das Verhältnis nach 9/11 schwer gestört war und die USA auf einen Umsturz im Irak zu setzen begannen – Saudi-Arabien ist. Die Bestrebungen, Assad zu stürzen, werden in Moskau, aber auch in Peking vor allem in diesem Kontext gesehen, genauso wie ja auch die amerikanische Invasion im Irak 2003, die aber in dieser Beziehung ein paradoxes Ergebnis erzeugte, nämlich den Aufstieg des Iran und gewissermaßen den „Verlust“ des Irak für die arabischen Sunniten und damit für den Westen.

Ganz wie vor 2003 die irakische setzt die stark gespaltene liberale und säkulare Opposition Syriens darauf, dass sie nach der Beseitigung des Diktators die Islamisten in Schach halten kann. Zweifel sind angebracht. Und Zweifel sind nicht das schlechteste Instrument des Analytikers, gleich ob er in einer Zeitung oder einem politikwissenschaftlichen Institut sitzt. Fehler wiegen doppelt, wenn sie wiederholt werden: In diesem Fall heißt der Fehler, an – aus welchen Gründen auch immer – selbst konstruierte Kitschnarrative zu glauben.

ANMERKUNGEN

- 1 „Effort to Rebrand Arab Spring Backfires in Iran“, New York Times, 2. Februar 2012.
- 2 Die Schia ist jene islamische Strömung, die im Unterschied zur Sunna die Nachkommen des Propheten Muhammad als mit besonderen – auch theologischen – Qualitäten ausgestattete Führer der Gemeinschaft sieht. Die größte, auch in Iran beheimatete Gruppe der Schia hat zwölf solcher „Imame“, beginnend mit Ali b. Abi Talib, dem Vetter und Schwiegersohn des Propheten, und wird deshalb 12er-Schia oder Imamiya genannt. Es gibt jedoch andere schiitische Gruppen, die sich auf eine unterschiedliche Anzahl dieser Imame beziehen und ihre eigenen Entwicklungen durchgegangen sind (etwa die Zaiditen/5er-Schiiten im Jemen oder die Ismailiten, die 7er-Schiiten sind, mit ihren vielen Gruppierungen). Die Alawiten oder Nusayrier, denen die in Syrien seit 1970 regierende Familie Assad angehört, sind, obwohl sich ihr Gründer auf den elften Imam bezieht, keine Schiiten, das Alawitentum ist vielmehr die letzte gnostische Sekte des Islam. Für viele Sunniten sind die – historisch und theologisch beträchtlichen – Unterschiede zwischen Alawiten und Schiiten jedoch irrelevant, so wie sie ja auch die Unterschiede zwischen den schiitischen Gruppen ignorieren und alle als Vasallen und Instrumente Irans sehen. Für sunnitische Extremisten, denen es schon schwerfällt, die Schia überhaupt als islamisch anzuerkennen, ist das Alawitentum quasi die niedrigste Stufe des Schiitentums.
- 3 Ein Hinweis darauf unter vielen sind etliche Brigadennamen der Syrian Free Army: Sie stammen aus der Spaltungszeit des Islam, ihre Träger waren Feindbilder der Schiiten (Kalif Umar, Muawiya etc.).
- 4 Etwa im Gastkommentar des Wiener Politikwissenschaftlers Thomas Schmidinger für den „Standard“ am 17. Jänner 2011: Schmidinger schrieb in „Der Funke der Revolution als Moment der Hoffnung“ vom „jungen Akademiker“ Bouazizi. Aber diese Kategorisierung kam auch in etlichen eigenen „Standard“-Berichten vor, zu einer Zeit, als Familienangehörige Bouazizis längst klargestellt hatten, dass dieser keine höhere Schulbildung hatte. Siehe etwa ein Artikel in „Gulf News“ vom 31. Dezember 2010, „Man at the center of Tunisian unrests recuperating, doctors say“. In dem Artikel stellt die Schwester des damals noch lebenden Bouazizi klar, dass ihr Bruder keine höhere Schulbildung hatte.
- 5 Um als Beleg nur ein willkürlich herausgesuchtes Beispiel unter vielen zu nennen: „Das westliche Dilemma mit dem Aufbruch Ägyptens“, Welt Online, 29. Jänner 2011.
- 6 Zum Beispiel in „Tunisia revolt makes Islamist threat ring hollow“, Reuters, 19. Jänner 2011.
- 7 „Die Revolution hat ihr Ziel nicht erreicht“, Der Standard, 15. Oktober 2011.
- 8 So einen „Unfall“ gab es auch einmal im „Standard“, die Autorin hatte ihren freien Tag.
- 9 Diese Geschichte wurde allerdings auch von israelischen Medienberichten gestützt, angeblich leben in Israel (jüdische) Verwandte Gaddafis. Siehe etwa „Qaddafi is my Jewish cousin“, www.israelnationalnews.com, 1. März 2011.
- 10 „Jüdische Reminiszenzen in Libyen“, Standard-Online, 10. Oktober 2011.
- 11 „Tag des Zorns gegen Assad-Regime in Syrien“, Der Standard, 26. März 2011.
- 12 „Die Konterrevolution ist schon im Gange“, Der Standard, 19. Februar 2011.
- 13 Anführungszeichen deshalb, weil das Konzept der Orthodoxie in der Schia nicht so ohne Weiteres anwendbar ist. Die größte Gruppe bilden jedenfalls die 12er-Schiiten, die das iranische Regime stellen.
- 14 Mittlerweile sind die US-Geheimdienste auch davon überzeugt, dass Anschläge in Damaskus und Aleppo, die die syrische Opposition dem Regime Assad selbst zugeschrieben hatte, von Al-Qaida verübt wurden. „Iraq tightens security at Syria border to stop arm flows“, Reuters, 18. Februar 2012.

AUTORIN

Gudrun HARRER ist leitende Redakteurin der österreichischen Tageszeitung „Der Standard“, wo sie jahrelang Außenpolitikchefin war. Sie hat Arabistik und Islamwissenschaften (Mag. phil.) und Politikwissenschaften (Dr. phil., Dissertation über das irakische Atomprogramm) studiert. Harrer ist Lehrbeauftragte für Moderne Arabische Geschichte und Politik des Nahen und Mittleren Ostens und Nordafrikas am Institut für Orientalistik der Universität Wien und an der Diplomatischen Akademie Wien. 2006 war sie Sondergesandte der österreichischen EU-Ratspräsidentschaft im Irak und Geschäftsträgerin der Österreichischen Botschaft Bagdad.

NEU!

Reinhold Hofer, Ralf Kronberger

Österreichische Wirtschaftspolitik

**Eine anwendungsorientierte
Einführung**

facultas.wuv 2012, 440 Seiten

ISBN 978-3-7089-0763-5

EUR [A] 29,80

Österreichische Wirtschaftspolitik bietet eine praxisorientierte Einführung mit der Einarbeitung aktueller wirtschaftspolitischer Ereignisse. Einleitend erfolgt eine kompakte Darstellung der Theorie der Wirtschaftspolitik, gefolgt von mikroökonomisch und makroökonomisch „dominierten“ Bereichen der Wirtschaftspolitik. Der Leser erhält Einblick in die Funktionsweise österreichischer wirtschaftspolitischer Institutionen. Welche Ziele verfolgen die einzelnen Entscheidungsträger und welche Maßnahmen werden letztendlich umgesetzt? Der Veranschaulichung der europäischen Komponente ist ausreichend Gewicht beigemessen, da eine Vielzahl wirtschaftspolitischer relevanter Entscheidungen auf europäischer Ebene getroffen werden. Die jüngste Finanz- und Wirtschaftskrise ist hinsichtlich ihrer Auswirkungen und wirtschaftspolitischer Reaktionen in das Buch eingearbeitet. Der Fokus liegt neben der theoretischen Darstellung auf der Empirie und der Darstellung praxisnaher Beispiele mit starkem Österreichbezug. Das Buch richtet sich sowohl an FH- und UniversitätsstudentInnen, wirtschaftspolitisch Interessierte, WirtschaftsjournalistInnen als auch an MitarbeiterInnen von nahe der Wirtschaftspolitik agierenden Institutionen und Unternehmen.

